

## Niederschrift

**über die 42. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 11.09.2019 um 18:00 Uhr, im  
Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

### stell. Vorsitz

Frau Claudia Schlottmann CDU

### Ratsmitglieder

Herr Manfred Böhm SPD

Herr Kevin Buchner SPD

Herr Klaus Dupke SPD für Herrn Cohausz

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Jürgen Scholz SPD

Herr Michael Deprez CDU für Herrn Greve-Tegeler

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Thomas Grünendahl CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden für Herrn Kalversberg bis  
TOP 12 tlw.

Herr Rudolf Joseph FDP

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

### Sachkundige Bürger/innen

Herr Kevin Schneider CDU

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

### Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann Ratsmitglied

### Beiräte

Herr Hermann Nagel Behindertenbeirat nur öffentl. Teil

Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat nur öffentl. Teil

### Von der Verwaltung

Frau Birgit Alkenings Stadt Hilden

Frau Kämmerin Anja Franke Stadt Hilden

Frau Birgit Kamer

Herr Harald Mittmann nur öffentl. Teil

Herr Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Karin Herzfeld

Frau Sabine Waiss

### Zuhörer

Herr Claus Munsch Allianz für Hilden

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
  - 2.1 Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW;  
hier: Ausrufung des Klimanotstandes durch den Rat der Stadt Hilden (inkl. Ergänzung zum Bürgerantrag) WP 14-20 SV  
66/146
  - 2.2 Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW;  
hier: Maßnahmen zu Klimaschutz sofort starten WP 14-20 SV  
66/144
  - 2.3 Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW;  
hier: Antrag auf Unterschutzstellung der Stadthalle WP 14-20 SV  
60/062
- 3 Anträge
  - 3.1 Antrag der FDP Fraktion vom 10.07.2019;  
hier: Darstellung der entstehenden CO2 Emissionen von Maßnahmen im Rahmen von Sitzungsvorlagen WP 14-20 SV  
66/148
  - 3.2 Antrag der FDP - Fraktion vom 10.07.2019;  
hier: Erstellung einer CO2-Bilanz für Hilden WP 14-20 SV  
66/149
  - 3.3 Antrag der Fraktion Bündnis´90/DIE GRÜNEN vom 20.08.2019;  
hier: Darstellung von Klimaanpassungsmaßnahmen bei Bebauungsplänen und städt. Bauprojekten: WP 14-20 SV  
61/250
  - 3.4 Antrag der Fraktion "ALLIANZ FÜR HILDEN" zum Klimanotstand WP 14-20 SV  
66/145
  - 3.5 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden vom 10.07.2019;  
hier: Klimagutachten für den Bebauungsplan Nr. 255 für den Bereich Karnaper Straße/ Diesterwegstraße/ Eisenbahntrasse; WP 14-20 SV  
61/243
  - 3.6 Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden vom 21.08.2019;  
hier: Bebauungsplan für den Gerhart-Hauptmann-Hof WP 14-20 SV  
61/249
  - 3.7 Antrag der Fraktion Bürgeraktion - Fahrradabstellanlage Stadthalle  
- WP 14-20 SV  
66/142
  - 3.8 Antrag der Fraktion Bürgeraktion - Mehr Sicherheit für Radfahrer WP 14-20 SV  
66/141
  - 3.9 Antrag der Fraktion Bürgeraktion -Fahrrad-Verkehr im Kreuzungsbereich Westring/Eller Straße/Hülsenstraße WP 14-20 SV  
66/140

4	Parkplatzsituation Grünstraße Antrag der CDU Fraktion vom 21.8.2019	WP 14-20 SV 26/047
5	Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes	
5.1	1. Änderung des Regionalplans mit dem Thema "Mehr Wohnbau- land am Rhein": Stellungnahme zur 1. Beteiligung	WP 14-20 SV 61/242
5.2	Gelände der ehemaligen Theodor Heuss-Schule (THS); Prüfauftrag der AfD-Fraktion vom 10.07.2019	WP 14-20 SV 61/245
5.3	Bereich Itterstraße/ Neustraße/ Itter; Antrag auf Einleitung eines Bauleitplan-Verfahrens	WP 14-20 SV 61/246
5.4	Bebauungsplan Nr. 62 A, 2. Änderung für den Bereich Oderstraße Einstellung des Planaufstellungsverfahrens	WP 14-20 SV 61/244
6	Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes	
6.1	Regenwasserkanalsanierung Verdistraße hier: Unterlagen nach § 13 KomHVO	WP 14-20 SV 66/138
6.2	Regenwasserkanalsanierung Grabenstraße hier: Unterlagen nach § 13 KomHVO	WP 14-20 SV 66/139
6.3	Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkon- zeptes für Hilden - vorgezogen (vor TOP 2.1) -	WP 14-20 SV 66/150
7	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen	
7.1	Planungs- und Vermessungsamt - Information zum Ausbau der A3 durch Straßen NRW	
7.2	Tiefbau- und Grünflächenamt - Information über eine Straßensper- rung	
8	Entgegennahme von Anfragen und Anträgen	
8.1	Antrag der Fraktion Allianz für Hilden - Verbesserung Ausschilde- rung Pungshausstraße	
8.2	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Sanierung des Itter-Rad- /Fußweges	
8.3	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Satzung zur Sicherstel- lung von Tiefgaragenplätzen mit vorbereiteter Ladeinfrastruktur	
8.4	Anfrage SPD-Fraktion - Unfallgefahr am Fuß- und Radweg Qittenweg und Narzissenweg	
8.5	Anfrage Fraktion Bürgeraktion - Beseitigung Schäden am Kopf- steinpflaster in der Schwanenstraße	
8.6	Anfrage SPD-Fraktion - Kreisverkehr Kalstert/Holbeinweg	

## **Eröffnung der Sitzung**

---

Die Vorsitzende, Frau Barata, eröffnete die Sitzung um 18:00 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter/innen der Beiräte sowie der Presse und die erschienenen Zuhörer/innen.

Zunächst gratulierte Sie Herrn Stuhlträger zu seiner Wahl zum Baudezernenten und überreichte einen Blumenstrauß.

Sie stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

## **Änderungen zur Tagesordnung**

---

Rm Burchartz/Allianz bat auch für die Fraktionen der CDU, FDP, Bürgeraktion und AfD darum, den Tagesordnungspunkt 6.3 vorzuziehen. Es solle eine Beratung von den TOP 2.1, 2.2, 3.1 bis 3.4 erfolgen.

Die Vorsitzende schlug vor, die Beratung vor TOP 2.1 durchzuführen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

## **Einwohnerfragestunde**

---

Die Sitzung wurde um 18:45 Uhr für die Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Andreas Rasche, Gerhart-Hauptmann-Hof 6:

Herr Rasche wollte wissen, ob es nach den Vorschriften des § 34 BauGB erlaubt sei, eine Bebauung zu genehmigen, die sich negativ auf die gesunden Wohnverhältnisse der Bestandsbebauung auswirke. Der Neubau führe dazu, dass sich eine Hitzeinsel bilde. Die Straße werde sich aufheizen.

Frau Herzfeld erläuterte, dass ein Bauvorhaben müsse genehmigt werden, wenn die Vorgaben der Landesbauordnung eingehalten werden. Diese enthalte keine Vorschriften, Hitzeinseln zu vermeiden. Auf erneute Nachfrage ergänzte Frau Herzfeld, die Bauaufsichtsbehörde habe davon auszugehen, dass insbesondere die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Abstandsflächen gewährleistet, dass gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt und keine negativen Auswirkungen durch ein Bauvorhaben vorhanden seien. Wenn alle Anforderungen der Landesbauordnung erfüllt seien, habe die Stadt kein Recht, einen Bauantrag abzulehnen.

Claudia Faßbender, Gerhart-Hauptmann-Hof 48:

Frau Faßbender erkundigte sich, ob das Gebot der Rücksichtnahme bei einem Gebäudeabstand von 6 m eingehalten sei.

Herr Stuhlträger führte aus, dass das Gebot der Rücksichtnahme und die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt seien, wenn die Vorgaben der Landesbauordnung eingehalten werden. Davon abweichende Standards können nur in einem Bebauungsplan festgelegt werden.

Kathrin Altenhofen, Gerhard-Hauptmann-Hof 37:

Frau Altenhofen bemängelte den Baugrubenaushub in nur 4 m Abstand von ihrem Grundstück.

Frau Herzfeld erklärte, dass dies unproblematisch sei. Vor Beginn der Arbeiten erfolgen eine statische Überprüfung und in der Regel ein Beweissicherungsverfahren um etwaig auftretende Schäden an Nachbargebäuden zu dokumentieren.

Norbert Hansmann, Kunibertstraße 15:

Herr Hansmann fragte nach, wie sich die Nachverdichtung mit den anstehenden Klimaschutzziele vereinbaren lasse. Die Wiese werde überbaut, die Bäume müssen weichen.

Herr Stuhlträger antwortete, bei bestehendem Baurecht genieße dieses Vorrang. Baurecht breche Baumrecht. Ein Abweichen von den Standards der Landesbauordnung sei nur im Rahmen eines Bebauungsplanes möglich.

Stefanie Interwies, Gerhart-Hauptmann-Hof 45:

Frau Interwies zeigte sich erstaunt, dass die Anwohner nicht über die Widmung des Gerhart-Hauptmann-Hofes als öffentliche Verkehrsfläche informiert worden seien.

Herr Stuhlträger antwortete, es handele sich schon immer um eine öffentliche Verkehrsfläche, die alle angrenzenden Grundstücke erschließe. Es habe sich keine Änderung ergeben.

Claudia Roth, BUND:

Frau Roth informierte, dass Fridays for Future den 20.09.2019 zum Klimastreiktag bestimmt habe. Sie wollte wissen, ob dies unterstützt werde.

Rm Buchner/SPD, Rm Reffgen/BA Rm Burchartz/Allianz und Sachk. Bürger Albers/Grüne erklärten, dass solche Initiativen unterstützt werden. Gerne würde auch Informationsmaterial weitergegeben.

Sachk. Bürger Albers/Grüne ergänzte, dass ein viele Wege mit dem Fahrrad zurücklege und auch die Handynutzung einschränke. Bei diesem Thema müsse jeder auch Verantwortung für sich selbst übernehmen.

Bürgermeisterin Alkenings antwortete, dass sich die Mitarbeiter/innen der Verwaltung frei nehmen können um an solchen Aktionen teilzunehmen. Die Schließung des Rathauses sei – auch arbeitsrechtlich – nicht möglich. Auch im Rathaus können gerne Informationen ausgelegt werden.

Dieter Donner, Humboldtstraße 64:

Herr Donner berichtete, dass er im Zusammenhang mit seinem Bürgerantrag, der vertagt worden sei, noch Ergänzungen vorbringen wollte. Er fragte an, ob er diese schriftlich nachreichen könne. Dies wurde von Frau Alkenings bestätigt. Sie bat um Übersendung per Mail, damit eine Weiterleitung erfolgen könne.

Gabi König, Schürmannstraße 16:

Frau König wollte ein Statement zu ihrem ebenfalls vertagten Bürgerantrag abgeben. Auch hier wurde vereinbart, dies schriftlich zur Verteilung einzureichen.

Die Einwohnerfragestunde endete um 19:10 Uhr.

---

## 1 Befangenheitserklärungen

- keine -

## 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO

---

2.1	Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW; hier: Ausrufung des Klimanotstandes durch den Rat der Stadt Hilden (inkl. Ergänzung zum Bürgerantrag)	WP 14-20 SV 66/146
-----	--	-----------------------

---

Die Beratung erfolgte im Zusammenhang mit TOP 6.3 – vorgezogen. Im Rahmen der Beschlussfassung zu SV 66/150 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ erfolgte die Vertagung der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

### **Antragstext:**

Anregung vom 4.6.2019:

Der Rat der Stadt Hilden erklärt den Klimanotstand und erkennt die Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe höchster Priorität an.

Ergänzung der Anregung vom 14.6.2019:

Ich beantrage, alle Bebauungsvorhaben der Stadt Hilden, aber besonders die auf bisher nicht bebauten Flächen und an den Stadtgrenzen, auszusetzen, bis ein akzeptables und vom Rat verabschiedetes Handlungskonzept für die Verwaltung erstellt ist.

### Abstimmungsergebnis:

vertagt

2.2	Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW; hier: Maßnahmen zu Klimaschutz sofort starten	WP 14-20 SV 66/144
-----	--	-----------------------

---

Die Beratung erfolgte im Zusammenhang mit TOP 6.3 – vorgezogen. Im Rahmen der Beschlussfassung zu SV 66/150 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ erfolgte die Vertagung der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

### **Antragstext:**

...der Klimaschutz und der Erhalt eines erträglichen Stadtklimas dulden keinen Aufschub mehr. Deshalb möchte ich gemeinsam mit weiteren Hildener Bürger\*innen folgenden Beschlussvorschlag als Bürgerantrag einbringen:

Der Rat der Stadt Hilden erkennt die Notwendigkeit eines schnellen städtischen Klimaschutzes an und wird in seinen Beschlüssen folgenden Regeln folgen:

1. Stopp von Planungen und Genehmigungen von Bebauungen mit stadtklimatisch nachteiligen Wirkungen
2. Schutz- von Frei- und Grünflächen im Innen- wie auch im Außenbereich mit höchster Priorität
3. Stopp des Verkaufes von städtischen Flächen und Kauf/Rückkauf von Belegungsrechten für Sozialwohnungen

### Abstimmungsergebnis:

vertagt

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass sich Rm Buchner/SPD, Rm Schlottmann/CDU und Rm Burchartz/Allianz für den Erhalt der Stadthalle aussprachen, insbesondere der Außenfassade, jedoch den Bürgerantrag ablehnten. In den nächsten Jahren werden Modernisierungsarbeiten erforderlich, auf die sich die Unterschutzstellung erschwerend auswirken können. Die Stadt sei Eigentümerin und damit Herrin des Verfahrens.

Rm Reffgen meinte, der Bürgerantrag sei auf die Diskussionen „weg vom Gemeinbedarf – hin zum Wohnen“ und den damit verbundenen Überlegungen eines Abrisses zurückzuführen. Er habe Verständnis für den Antrag und unterstütze ihn.

Rm Joseph wies zurück, dass es bei der FDP-Fraktion Überlegungen zu einem Abriss gebe. Solange es keine adäquate Alternative gebe, solle die Stadthalle erhalten bleiben. Man müsse sich jedoch Gedanken machen, was die Zukunft bringe.

Auf Nachfrage von Sachk. Bürger Albers/Grüne erläuterte Frau Herzfeld das Verfahren zur Unterschutzstellung.

Kämmerin Franke erklärte, als Vertreterin der Eigentümerin müsse sie eine Abwägung zwischen Wirtschaftlichkeit und Schutzwürdigkeit treffen. Da keine Änderungen geplant seien, werden die wirtschaftlichen Aspekte als vordringlich bewertet.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf.

**Antragstext:**

An die Damen und Herren im Rat der Stadt Hilden,

Hiermit beantrage ich, die Stadthalle der Stadt Hilden unter Denkmalschutz zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 1 Ja-Stimme (Fraktion Bürgeraktion) 16 Nein-Stimmen

---

3 Anträge

3.1 Antrag der FDP Fraktion vom 10.07.2019;  
hier: Darstellung der entstehenden CO<sub>2</sub> Emissionen von Maßnahmen im Rahmen von Sitzungsvorlagen

WP 14-20 SV  
66/148

Die Beratung erfolgte im Zusammenhang mit TOP 6.3 – vorgezogen. Im Rahmen der Beschlussfassung zu SV 66/150 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ erfolgte die Vertagung der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Antragstext:**

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten auf allen Sitzungsvorlagen, als Entscheidungshilfe, die durch die dort dargestellten Maßnahmen entstehenden CO<sub>2</sub> Emissionen zu vermerken.

Ziel ist die Klimaneutralität der Stadt Hilden und Ihrer Bürger, sowie die der ansässigen Wirtschaft bis 2030.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

3.2 Antrag der FDP - Fraktion vom 10.07.2019;  
hier: Erstellung einer CO<sub>2</sub>-Bilanz für Hilden

WP 14-20 SV  
66/149

---

Die Beratung erfolgte im Zusammenhang mit TOP 6.3 – vorgezogen. Im Rahmen der Beschlussfassung zu SV 66/150 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ erfolgte die Vertagung der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Antragstext:**

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten eine CO<sub>2</sub>-Bilanz für die Stadt Hilden und ihre Bewohner, sowie die ansässige Wirtschaft zu erstellen und zu veröffentlichen. Weiterhin entwirft die Verwaltung auf Basis dieser Daten einen Maßnahmenkatalog, um die Menge an emittiertem CO<sub>2</sub> zu verringern und entsprechende Gegenmaßnahmen zu skizzieren.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

3.3 Antrag der Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN vom 20.08.2019;  
hier: Darstellung von Klimaanpassungsmaßnahmen bei Bebauungsplänen und städt. Bauprojekten:

WP 14-20 SV  
61/250

---

Die Beratung erfolgte im Zusammenhang mit TOP 6.3 – vorgezogen. Im Rahmen der Beschlussfassung zu SV 66/150 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ erfolgte die Vertagung der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Antragstext:**

Die Stadt Hilden stellt bei jedem B-Plan und städtischen Bauprojekt dar, welche Klimaanpassungsmaßnahmen in Hinblick auf Hitze und Starkregen umgesetzt werden sollen (z.B. Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung von Flächen, Baumpflanzungen, Schaffung von Grün- und Wasserflächen, etc.).

Abstimmungsergebnis:

vertagt

3.4 Antrag der Fraktion "ALLIANZ FÜR HILDEN" zum Klimanotstand

WP 14-20 SV  
66/145

---

Die Beratung erfolgte im Zusammenhang mit TOP 6.3 – vorgezogen. Im Rahmen der Beschlussfassung zu SV 66/150 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ erfolgte die Vertagung der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Antragstext:**

Die ALLIANZ FÜR HILDEN hat in der Vergangenheit immer wieder für den Klimaschutz auf dem Stadtgebiet eingesetzt. Hierbei ging es vorrangig um die Verhinderung der weiteren Verdichtung von Grünflächen im Hinterland und der damit einhergehenden Vernichtung von Belüftungsschneisen und Schaffung von Hitzeinseln. Auch den Einsatz der vom Deutschen Wetterdienst entwickelten Software für Klimasimulation in Hilden gehörte zu den Vorschlägen der ALLIANZ FÜR HILDEN.

Im Zusammenhang mit den vorliegenden Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes wiederholt die ALLIANZ FÜR HILDEN ihre im Zusammenhang mit einzelnen Bauplanverfahren gestellten Forderungen und beantragt nun, folgende Grundsatzbeschlüsse zu fällen:



1. Verwaltung und Rat konstatieren, dass der Klimawandel menschengemacht ist, und dass die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung nicht ausreichend waren, um selbigen zu stoppen. Die Eindämmung des Klimawandels wird fortan bei allen politischen Entscheidungen in Hilden beachtet werden.
2. Die Stadt stellt eine Klimaschutzmanagerin/einen Klimaschutzmanager ein. Zur Finanzierung der Stelle ist die Erlangung von Förderungsmitteln des BMU zu prüfen. Die Ansiedlung der Stelle hat so zu erfolgen, dass sie anlog dem Beratungs- und Prüfungsamt direkt dem Stadtrat zu unterstellen und nur diesem gegenüber verantwortlich ist. Bei der Durchführung ihrer/seiner Aufgaben ist der/die Klimaschutzmanager/in unabhängig und weisungsfrei. Ein entsprechender Antrag wurde bereits 2015 von der Fraktion der Grünen eingereicht und seinerzeit aus Kostengründen abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass die Bürgermeisterin den Notwendigkeiten für nachhaltigen Klimaschutz nicht hinreichend nachkommt.
3. Verwaltung und Rat konstatieren, dass Hilden mit einer Bevölkerungsdichte von 2.150 Einwohner pro Quadratmeter die am dichtesten besiedelte Stadt im Kreis Mettmann ist. Die Steigerung der Einwohnerzahl durch Zuzug ist kein Ziel und städtebauliche Maßnahmen dürfen nicht der Befriedigung des Wohnbedarfs umliegender Kommunen dienen.
4. Es werden keine Bebauungsplanvorhaben mehr eingeleitet, die vorhandene Grünflächen reduzieren.
5. Künftige Bauvorhaben sind künftig nur genehmigungsfähig, wenn sie nachweislich klimaneutral sind. Öffentliche Ausschreibungen werden nur noch Angebote berücksichtigen, die nachweislich klimaneutral sind.
6. Für künftige Bauvorhaben werden die Interessen der Hildener Bestandsanwohner vorrangig berücksichtigt.
7. Jedes Bauplanvorhaben wird mit Hilfe der Simulationssoftware des DWD voruntersucht.
8. Die Verwaltung erstellt ein Konzept zur Vermeidung von Schwerlastverkehr im Stadtgebiet. Ziel ist es, den reinen Schwerlastdurchgangsverkehr aus der Stadt zu verbannen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

3.5	Antrag der Fraktion Allianz für Hilden vom 10.07.2019; hier: Klimagutachten für den Bebauungsplan Nr. 255 für den Bereich Karnaper Straße/ Diesterwegstraße/ Eisenbahntrasse;	WP 14-20 SV 61/243
-----	--	-----------------------

---

Herr Stuhlträger informierte, dass ein entsprechendes Gutachten beauftragt und vor einigen Tagen eingegangen sei. Der Gutachter GEO-NET komme zu dem Ergebnis, dass im gesamt städtischen Kontext aus bioklimatischer Sicht keine Bedenken bestehen, eine Bebauung entsprechend dem Entwurf des Bebauungsplanes durchzuführen. Das Gutachten werde im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können es einsehen und Anregungen und Bedenken äußern. Das Ziel des vorliegenden Antrages sei damit erreicht.

Rm Burchartz/Allianz erklärte, der Antrag habe sich damit erledigt und werde zurückgezogen.

**Antragstext:**

Die ALLIANZ für Hilden beantragt, dass für den Bebauungsplan Nr. 255 – Bereich Karnaper Straße/ Diesterwegstraße/ Eisenbahntrasse – ein Klimagutachten erstellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

Aus der Diskussion, an der sich Rm Burchartz/Allianz, Rm Buchner/SPD, Rm Vogel/Grüne, Sachk. Bürger Schneider/CDU und Rm Reffgen/BA, beteiligten bleibt festzuhalten, dass die Ziffer 1 a des Antrages allgemeine Zustimmung fand und die andere Punkte des Antrages im Bauleitplanverfahren aufgenommen werden.

Der Antragsteller, die Fraktion Allianz für Hilden, erklärte sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Bürgermeisterin Alkenings bemerkte, dass als Planungsziel der Erhalt der Grünflächen in dem für die nächste Sitzung zur Beratung zu stellenden Aufstellungsbeschluss vorgeschlagen werde. Auch hier ergab sich kein Widerspruch.

Auf Nachfrage von Herrn Stuhlträger wurde das Plangebiet entsprechend des als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Planes festgelegt.

**Antragstext:**

Die ALLIANZ FÜR HILDEN beantragt

1. die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände um den Gerhart-Hauptmann-Hof zwischen Sankt-Konrad-Allee und Richrather Straße mit dem Ziel,
  - a. die vorhandenen Grünflächen zu erhalten und sie auf keinen Fall über den Status Quo hinaus zu verdichten,
  - b. den Bestandeigentümern im Falle von Neubebauung auf bereits bebauter Fläche Optionen für den Bau Wohnraum mit zeitgerechter Kubatur anzubieten.
2. die Widmung des Gerhart-Hauptmann-Hofes als städtische Straße auf die Durchfahrt zwischen Richrather Straße und Sankt-Konrad-Allee zu beschränken und dabei
  - a. die von dieser Straße abzweigenden Ringstraßen entsprechend ihrer Beschaffenheit, u.a. unter Berücksichtigung fehlender Gehwege und unzureichender Baubreite umzuwidmen, so dass sie sich nicht mehr für eine Randbebauung nach § 34 Baugesetzbuch qualifizieren,
  - b. die Ringstraßen zur Spiel- und Anliegerstraßen zu machen.

Abstimmungsergebnis zu 1 a:

Einstimmig beschlossen

Nachdem Kämmerin Franke als Geschäftsführerin der Eigentümerin Stadt Hilden Holding GmbH bestätigt hatte, eine Fahrradabstellanlage entsprechend des vorliegenden Antrages zu errichten, erklärte Rm Reffgen/BA den Antrag für erledigt und zog ihn zurück.

**Antragstext:**

Wir beantragen daher, in der Nähe der Eingänge zur Stadthalle eine größere Anzahl von Haltebügeln für Zweiräder zu installieren. Sollte die Maßnahme aus dem Etat für laufende Unterhaltungsmaßnahmen nicht zu finanzieren sein, ist eine entsprechende Etatisierung im Haushalt 2020 vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

Rm Reffgen/BA erläuterte zum vorliegenden Antrag, dass das Thema in einem größeren Zusammenhang zu sehen sei. Auch in Verbindung mit dem Klimaschutz nutzen immer mehr Leute das Fahrrad. Es sei ihm bewusst, dass eine Vergrößerung der Schutzstreifen nicht möglich sei. Hier gehe es darum Alternativrouten anzubieten.

Rm Joseph/FDP stimmte zu, dass das Radwegenetz besser gestaltet werden könne. Hier liege bereits ein Antrag vor. Die entsprechende Sitzungsvorlage solle in der November-Sitzung vorgelegt werden. Daher schlage er vor, diesen Antrag zu vertagen.

Rm Buchner/SPD vertrat ebenfalls die Auffassung, dass die Thematik im Zusammenhang mit der Prüfung des Sachverhalts „Einrichtung von Fahrradstraßen“ stehe

Herr Mittmann führte aus, dass ein externes Büro mit einer umsetzungsfähigen Planung für Fahrradstraßen beauftragt worden sei. Hier sei auch die sichere Gestaltung Thema. Im Herbst werde die Sitzungsvorlage zur Beratung vorgelegt, die auch eine Grundlage für das Thema mehr Sicherheit für den Fahrradverkehr sein könne.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden erklärte Rm Reffgen/BA, dass der Antrag vertagt werden solle.

Die Vorsitzende rief zu Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

**Antragstext:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Sicherheit für Radfahrer in Hilden erhöht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Rm Reffgen/BA machte deutlich, dass die Verwaltung lediglich mit Straßen NRW Gespräche führen solle, um die Situation für die Radfahrer/innen an diesem Kreuzungspunkt zu verbessern. Der überregionale Radverkehr führe über diesen Knotenpunkt.

Herr Mittmann machte nochmals deutlich, dass Gespräche mit Straßen NRW ohne eine Planung nicht zustande kommen. Auch müsse die Stadt Hilden die Kosten tragen, wenn eine Änderung umgesetzt werden solle. Straßen NRW werde im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung sämtliche Arbeiten der Stadt Hilden aufgeben. In Anbetracht der Personalsituation haben umsetzbare Maßnahmen Vorrang.

Herr Stuhlträger brachte die seinerzeitige intensive Diskussion in Erinnerung. Die Stadt Hilden habe Vorschläge unterbreitet, wie der Radverkehr über diese Kreuzung geführt werden könne. Diese Planung sei von Straßen NRW als Straßenbaulastträger verworfen worden.

Nach einer weiteren Diskussion, in der die Vielzahl der vorhandenen alternativen Fahrradroutes aufgezeigt wurde, rief die Vorsitzende zur Abstimmung auf.

**Antragstext:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, den Kreuzungsbereich Westring/Eller Str./Hülsenstraße radfahrfreundlich auszubauen bzw. zu gestalten. Zunächst sind die Möglichkeiten mit dem

Landesbetrieb als zuständigem Straßenbaulastträger zu erörtern. Über das Ergebnis ist dem Stadtentwicklungsausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 4 Ja-Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion, Fraktion Bürgeraktion) 13 Nein-Stimmen

---

4	Parkplatzsituation Grünstraße Antrag der CDU Fraktion vom 21.8.2019	WP 14-20 SV 26/047
---	--	-----------------------

---

Rm Schlottmann/CDU erklärte, sie habe sich vor Ort von der Situation überzeugt. Dass es sich um einen Privatparkplatz handele, interessiere keinen. Eine Bewirtschaftung des Parkplatzes, wie sie im Bereich Walder Straße (Breidohr) erfolge, sei jedoch auch nicht erstrebenswert. Die Angelegenheit sei damit erledigt.

---

5 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

---

5.1	1. Änderung des Regionalplans mit dem Thema "Mehr Wohnbau-land am Rhein": Stellungnahme zur 1. Beteiligung	WP 14-20 SV 61/242
-----	--	-----------------------

---

Rm Buchner/SPD verlas einen Änderungsantrag zum Entwurf der Stellungnahme der Stadtverwaltung Hilden im Erarbeitungsverfahren der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) – Mehr Wohnbauland am Rhein -.

„Die SPD-Ratsfraktion Hilden beantragt folgende Änderungen in der Stellungnahme:

Fläche ME Hil 03 (Richrather Straße):

Die politischen Vertreter des Stadtentwicklungsausschusses fordern die Bezirksregierung Düsseldorf auf, die Fläche ME\_Hil\_03 Richrather Straße vorerst nicht weiter zu verfolgen. Es ist beabsichtigt, die räumliche Trennung zur Stadt Langenfeld durch den Naturstreifen zwischen den Städten aufrechtzuerhalten. Im Bereich Hilden Süd befindet sich zudem eine weitere Fläche im städtischen Besitz, die für eine Wohnbebauung eher in Betracht gezogen wird.“

Im Rahmen der weiteren Diskussion, an der sich Rm Vogel/Grüne, Rm Burchartz/Allianz, Rm Schlottmann/CDU und Rm Reffgen/BA beteiligten, zeichnete sich ab, dass eine Bebauung der Fläche ME Hil 03 (Richrather Straße) aus Gründen des Klimaschutzes und der Abgrenzung zu Langenfeld nicht gewünscht ist.

Der Beschlussvorschlag wurde entsprechend geändert. Eine Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion erfolgte nicht.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, den als Anlage beigefügten Entwurf der Stellungnahme der Stadt Hilden an die Bezirksregierung Düsseldorf zum Erarbeitungsverfahren für die 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) anlässlich der ersten Beteiligungsphase zu senden. **Die Stellungnahme ist jedoch dahingehend zu ändern, dass für die Fläche ME Hil 03 (Richrather Straße) eine Bebauung nicht weiter zu verfolgen ist.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Rm Bommermann/AfD erklärte, es liege der SPD-Fraktion und der Bürgermeisterin bereits eine Planung vor, in der das Regenrückhaltebecken überplant sei. Die Ausführungen der Verwaltung enthalten keine Fakten und stellten daher eine spekulative Begründung dar. Es könne wirtschaftlich sein, diese Fläche als Baufläche zu nutzen. Der BRW müsse einbezogen werden. Dies wurde von Bürgermeisterin Alkenings verneint.

Rm Schlottmann/CDU beantragte eine Vertagung, da bei der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

Bürgermeisterin Alkenings betonte, dass ihr keine Planung für das Gelände bekannt sei.

Es erfolgte eine kontroverse Diskussion. Während Rm Buchner/SPD und Rm Joseph/FDP die Auffassung vertraten, dass das Verfahren offen gehalten werden soll und die Bewerber im Rahmen des Investorenauswahlverfahrens über eine Überbauung des Regenrückhaltebeckens entscheiden sollten, lehnten Rm Vogel/Grüne und Rm Reffgen/BA die Überbauung des Regenrückhaltebeckens ab.

Herr Stuhlträger stellte klar, dass die Errichtung des Regenrückhaltebeckens keine Forderung des BRW sei, sondern eine Ordnungsverfügung mit der entsprechenden Forderung der Bezirksregierung Düsseldorf vorliege.

Bürgermeisterin Alkenings schlug vor, die Sitzungsvorlage nochmals aufzubereiten und in die Ratssitzung im Oktober zu vertagen. Es könne dann eine gemeinsame Beratung mit der Vorlage zur Festsetzung der Kriterien für das Investorenauswahlverfahren als Gesamtpaket erfolgen.

Dem Vorschlag stimmten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ergebnisse des Prüfauftrages zur Kenntnis und beschließt, das Thema „Regenrückhalte-/Regenklärbecken“ **nicht** in die Ausschreibungsinhalte des geplanten Investorenauswahlverfahrens einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig vertagt

Rm Vogel/Grüne signalisierte Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt dem Antrag auf Einleitung eines Bauleitplan-Verfahrens für den Bereich Itterstraße/ Neustraße/ Itter zu und beauftragt die Verwaltung, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Vorlage zum Aufstellungsbeschluss in die Beratung einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Rm Joseph/FDP erklärte, dass der Investor ein konsequentes Verhalten zeige, wenn er die überhöhten Forderungen nicht akzeptiere und das Projekt nicht weiter fortführe.  
Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 14.03.2018 für den Bebauungsplan Nr. 62A, 2. Änderung.

Das Plangebiet liegt im Bereich Oderstraße und umfasst das Flurstück 389 in der Flur 31 der Gemarkung Hilden sowie einen Teil des im städtischen Eigentum befindlichen Flurstücks 537, Flur 31 der Gemarkung Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

---

6 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Sanierung der Regenwasserkanäle in der Verdistraße und stimmt den nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 1.352.288,49 € zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Entwurf des Haushaltsplanes 2020ff aufzunehmen.

bisher bereitgestellt	(Ansatz 2007-2008) =	4.827,77 € (Planungsvorbereit.)
	(Ansatz 2013-2017) =	15.460,72 € (Planungsvorbereit.)
	Ansatz 2018 =	40.000,00 € (Planung)
	Ansatz 2019 =	20.000,00 € (Planung)
Planung 2020ff	Ansatz 2020 =	312.000,00 € (Bauausführung)
	VE 2020 =	960.000,00 €
	Ansatz 2021 =	960.000,00 € (Bauausführung)
	Gesamtkosten =	1.352.288,49 €
	AEL =	54.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung auf, da keine Wortmeldungen vorlagen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Sanierung der Regenwasserkanäle in der Grabenstraße und stimmt den nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 1.009.831,17 € zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Haushaltsmittel in den Entwurf des Haushaltsplans 2020 ff. aufzunehmen.

bisher bereitgestellt (Ansatz 2014-2017)	=	4.831,17 € (Planungsvorbereit.)
Ansatz 2018	=	20.000,00 € (Planung)
Ansatz 2019	=	20.000,00 € (Planung)
Planung 2020ff	=	10.000,00 € (Planung)
VE 2020	=	955.000,00 €
Ansatz 2021	=	955.000,00 € (Bauausführung)
Gesamtkosten	=	1.009.831,17 €
AEL	=	40.000,00 €

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

Rm Burchartz/Allianz stellte für die Fraktionen CDU, Allianz, FDP, Bürgeraktion und AfD den Antrag den Beschlussvorschlag der vorliegenden SV 66/150 zu ergänzen:

- Die Verwaltung wird ein ausgearbeitetes Konzept bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im November vorlegen, in dem erste Ergebnisse dargestellt werden.
- Die Verwaltung wird in ihrem Konzept auf die Inhalte der Tagesordnungspunkte 2.1 (SV 66/146), 2.2 (SV 66/144), 3.1 (SV 66/148), 3.2 (SV 66/149), 3.3 (SV 61/250) und 3.4 (SV 66/145) konkret eingehen mit dem Ziel, möglichst viele der Vorschläge umzusetzen.
- Die Tagesordnungspunkte 2.1 (SV 66/146), 2.2 (SV 66/144), 3.1 (SV 66/148), 3.2 (SV 66/149), 3.3 (SV 61/250) und 3.4 (SV 66/145) werden in die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses geschoben, um bei unzureichender Umsetzung der v.g. Punkte zur Abstimmung gebracht zu werden.

Die Ergänzung wurde wie folgt begründet:

Die Vorlage 6.3 „Erstellung eines Klimaanpassungs- sowie eines Starkregenkonzeptes für Hilden“ bildet nach Auffassung der Antragsteller den kleinsten gemeinsamen heute mehrheitsfähigen Nenner für ein Klimaanpassungs- sowie ein Starkregenkonzept ab. Bei einer Einzelabstimmung über die Punkte der anderen Anträge würde ein erheblicher Teil mehrheitlich abgelehnt werden. Die Verwaltung soll die Chance erhalten, bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses substanzielle Ergebnisse zu liefern. Auf Basis dieser Ergebnisse soll dann über die anderen Anträge beraten werden.

Rm Buchner/SPD sprach sich dafür aus, die vorliegende SV zu diskutieren, die darstelle, welche Maßnahmen schon getroffen seien und einige gute Ansätze für weitere Maßnahmen enthalte. Auch die Einrichtung der Stelle „Klimaschutzmanager/in“ sei erforderlich. Die Mittelbereitstellung

für den Haushalt 2020/2021 solle auf den Weg gegeben werden.

Rm Joseph/FDP, Rm Schlottmann/CDU, Rm Burchartz/Allianz, Rm Reffgen/BA führten zur weiteren Begründung des gemeinsamen Antrages folgendes an:

- Grundsätzliche Zustimmung zum Beschlussvorschlag, aber es wird ein gesamtes Konzept unter Einbeziehung der Anträge der Fraktionen gewünscht.
- Generaldebatte auf der Grundlage des ergänzten Konzeptes.
- Erste Ergebnisse aus diesem Konzept sollen in den November-Sitzungen des UKS und StEA vorgelegt werden.
- Die Infrastruktur und wirtschaftliche Finanzkraft der Stadt muss berücksichtigt werden.
- Anmeldungen für den Haushaltsplan 2020/2021 auf der Grundlage der ersten Ergebnisse.
- Entscheidung, ob und in welchem Umfang ein/e Klimamanager/in eingestellt wird, soll erst getroffen werden, wenn die Maßnahmen bekannt/beschlossen sind.

Rm Vogel/Grüne sprach sich für die Einrichtung einer Stelle „Klimamanager/in“ aus. Wenn die Verwaltung in dem kurzen Zeitraum ein Konzept erstellen könne, wäre dies schön. Sie hielt dies aber für nicht sehr wahrscheinlich und machbar.

Rm Buchner/SPD erklärte, mit dieser Ergänzung werden die Bürgeranträge auf die lange Bank geschoben. Ein abschließendes Konzept werde es nicht geben, da auch in der Sitzungsvorlage ausgeführt werde, dass ein umfassendes und flexibles Konzept als dauerhafter Prozess erforderlich sei. Dies bedeute, es sei ein fließender Prozess mit kontinuierlichen Anpassungen. Die Sitzungsvorlage enthalte bereits Maßnahmenvorschläge mit einem Finanzbedarf. Man solle jetzt mit der Umsetzung und dem Dialog beginnen.

Bürgermeisterin Alkenings bat um einen konkreten Beschlussvorschlag für die Abstimmung, weil im Moment nicht klar sei, was die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung an dem Konzept ändern solle. Sie wies auch nochmals auf den Beschlusslauf hin, der den endgültigen Beschluss über diese Sitzungsvorlage erst für die Ratssitzung am 30.10.2019 vorsehe. Die Verwaltung würde gerne mit der Arbeit sofort beginnen. Dafür seien aber konkrete Aussagen erforderlich, was gewünscht sei.

Rm Schlottmann/CDU sprach sich für eine Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Streichung der Ziffer 4 und unter Einfügen des Ergänzungsantrags aus.

Rm Vogel/Grüne widersprach. Die Ziffer 4 müsse mit beschlossen werden. Die Sitzungsvorlage werde abschließend im Rat zur Beratung gestellt, so dass eine Stellenausschreibung erst zum Ende des Jahres erfolgen könne.

Rm Bommermann/AfD entgegnete, eine Stellenausschreibung sei im Moment nicht möglich, da keine Stelleninhalte festgelegt seien.

Rm Reffgen/BA erläuterte, die Sitzungsvorlage bilde die Basis, in der die Anträge zu einem Konzeptentwurf einfließen sollen. Er stimmte dem Vorschlag von Rm Schlottmann/CDU zur Abstimmung zu.

Herr Mittmann machte deutlich, dass lediglich 4 Wochen für die Erstellung einer Sitzungsvorlage für den UKS am 14.11.2019 zur Verfügung stehen. Es sei fachlich nicht möglich in diesem Zeitrahmen ein Konzept auszuarbeiten. In anderen Gemeinden werden externe Büros beschäftigt, die unter umfangreicher Beteiligung der Verwaltung innerhalb von 1 bis 2 Jahren ein Konzept fertigen. Die Schaffung der Stelle „Klimamanager/in“ werde beantragt, weil hier nicht nur koordinierende Aufgaben abgewickelt werden sollen, sondern auch vieles fachlich zu erarbeiten sei.



Bürgermeisterin Alkenings fragte nach, ob die vorliegende Sitzungsvorlage als Konzept gelte, in dem die vorliegenden Anträge eingearbeitet werden sollen oder ob ein Konzept gewünscht werde, das in die Tiefe gehe.

Herr Stuhlträger meinte, dass die Begriffe und die handschriftlichen Ergänzungen im gemeinsamen Ergänzungsantrag zu Missverständnissen führen und unterbreitete eine textliche Alternative: „Die Verwaltung wird erste Ergebnisse bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im November vorlegen.

Die Verwaltung wird in ihrem Bericht auf die Inhalte der Tagesordnungspunkte 2.1, 2.2, 3.1, 3.2, 3.3 und 3.4 konkret eingehen, mit dem Ziel, möglichst viele Vorschläge umzusetzen.“ Diesem Vorschlag stimmten die Antragsteller zu.

Die Vorsitzende schlug vor über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen, da in der Diskussion unterschiedlichen Ansichten vertreten worden seien. Im Anschluss würde sie zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag aufrufen.

Dem stimmten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu.

**Hinweis: über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages wurde getrennt, über die Ergänzung des Beschlussantrages gemeinsam abgestimmt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Abstimmungsergebnisse in den ergänzten Beschlussvorschlag eingefügt.**

**ergänzter Beschlussvorschlag:**

Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sowie im Haupt- und Finanzausschuss:

1. Entsprechend des Vorschlags der Verwaltung wird kein externes Konzept „Klimaschutz/Klimaanpassung“ beauftragt, sondern es wird eine handlungsfelder- und maßnahmenorientierte Vorgehensweise wie in Kapitel 3 der Vorlage beschrieben gewählt.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig beschlossen**

2. Die in Kapitel 4 in den Punkten A-C beschriebenen Handlungsfelder/Maßnahmen sind Grundlage für die weitere Vorgehensweise. Die Verwaltung wird beauftragt, diese weiter zu entwickeln und dem Rat/den Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig beschlossen**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Starkregenkarte erstellen zu lassen und diese auf der Homepage der Stadt der Bevölkerung sowie der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig beschlossen**

4. Zur Unterstützung des Prozesses soll ein/eine Klimamanager/in eingestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt in den Stellenplanentwurf zum Haushalt 2020ff eine Stelle aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich abgelehnt mit  
8 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
8 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Allianz für Hilden, FDP-Fraktion)  
1 Enthaltung (Fraktion Bürgeraktion)**

5. Soweit für die Umsetzung der in Kapitel 4 in den Punkten A-C beschriebenen Handlungsfelder/Maßnahmen derzeit bereits die voraussichtlichen Kosten benannt werden können, wird die Verwaltung beauftragt, diese in den Haushaltsplanentwurf aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig beschlossen**

### **Ergänzung gemäß Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Allianz für Hilden, FDP-Fraktion, Fraktion Bürgeraktion und AfD-Fraktion**

6. Die Verwaltung wird erste Ergebnisse bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im November vorlegen.  
Die Verwaltung wird in ihrem Bericht auf die Inhalte der Tagesordnungspunkte 2.1, 2.2, 3.1, 3.2, 3.3 und 3.4 konkret eingehen, mit dem Ziel, möglichst viele Vorschläge umzusetzen.
7. Die Tagesordnungspunkte 2.1, 2.2, 3.1, 3.2, 3.3 und 3.4 werden in die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses geschoben, um bei unzureichender Umsetzung von Ziffer 6 zur Abstimmung gebracht zu werden.

**Abstimmungsergebnis Ergänzungsantrag:  
mehrheitlich beschlossen mit**

**9 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Allianz für Hilden, FDP-Fraktion, Fraktion Bürgeraktion)**

**6 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion)**

**2 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

---

## 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

---

### 7.1 Planungs- und Vermessungsamt - Information zum Ausbau der A3 durch Straßen NRW

---

Herr Stuhlträger informierte, Straßen NRW werde am Samstag, 28.09.2019 zwischen 09:00 und 13:00 Uhr über den geplanten Ausbau der A3 und den aktuellen Planungsstand informieren. Der Straßen NRW-Dialogbus werde nach Absprache mit dem Ordnungsamt Station machen. Dem Wunsch der Verwaltung, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, sei man nachgekommen, da für diese Veranstaltung der Zeitraum des Wochenmarktes gewählt wurde. Am 24.09.2019 bestehe die Möglichkeit sich in Langenfeld, am 26.09.2019 in Leverkusen-Opladen zu informieren.

### 7.2 Tiefbau- und Grünflächenamt - Information über eine Straßensper- rung

---

Herr Mittmann teilte mit, dass vom 12.09. 2019 bis 04.10.2019 die Vollsperrung der Forststraße im Bereich der Grundstücke 20-22 wegen einer Baumaßnahme und damit Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsfläche erfolge. Er wies auf die entsprechende Information auf der Homepage der Stadt Hilden hin. Von dieser Vollsperrung seien hauptsächlich die Gewerbebetriebe in diesem Bereich betroffen, die bereits von der Wirtschaftsförderung in Kenntnis gesetzt worden seien.

## 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

### 8.1 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden - Verbesserung Ausschilde- rung Pungshausstraße

---

Rm Burchartz/Allianz verlas folgenden Antrag:

Die Allianz für Hilden beantragt, dass die Ausschilderung der Hausnummern zur Pungshausstraße auf beiden Seiten der Grünstraße auf den Straßenecken groß und deutlich angebracht werden.

Begründung:

Die bestehende Ausschilderung ist unzureichend und führt auch in Notfällen immer wieder zu Fehlfahrten von Rettungsfahrzeugen, weil nicht klar erkennbar ist, welche Hausnummer sich auf welcher Seite befindet.

Die dem Antrag beigefügten Fotos sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

### 8.2 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Sanierung des Itter-Rad- /Fußweges

---

Sachk. Bürger Albers/Grüne verlas folgenden Antrag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hilden stellt folgenden Antrag:  
Die Verwaltung prüft gemeinsam mit dem BRW Haan eine Sanierung des Itter-Rad-/Fußweges zwischen der DB Brücke Hilden-Richrath und der Stadtgrenze Düsseldorf-Benrath.

Begründung:

Der Weg ermöglicht eine schnelle, autofreie Ost/West Verbindung zwischen Hilden und Benrath.

Die Strecke ist in ihrem jetzigen Zustand zu schmal, ausgewaschen, uneben und in allgemein schlechter baulicher Verfassung. Das Begleitgrün ist zum Teil in den Weg hinein gewachsen und verengt den ohnehin schmalen Fahr- und Gehweg zusätzlich; wirkt somit verkehrsgefährdend.

Da der Weg von der Stadt Hilden und dem BRW Haan gemeinsam verantwortet wird soll geprüft werden, wie eine zeitnahe Sanierung realisierbar ist.

### 8.3 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Satzung zur Sicherstel- lung von Tiefgaragenplätzen mit vorbereiteter Ladeinfrastruktur

---

Rm Vogel/Grüne verlas folgenden Antrag:

Die Stadt Hilden stellt durch Satzung sicher, dass bei der Schaffung von Tiefgaragen in ausreichender Zahl Stellplätze entstehen, die über eine vorbereitende Infrastruktur für Elektrofahrzeuge (Leerrohre) verfügen.

Begründung:

Die Verkehrswende hin zur E-Mobilität kann nur dann gelingen, wenn flächendeckend wohnungsnahe Lademöglichkeiten vorhanden sind.

Gerade für die Bewohner\*innen von Mehrfamilienhäusern kommt die Anschaffung eines E-Autos aufgrund fehlender Stromanschlüsse häufig nicht in Frage.

Die neue Landesbauordnung NRW (§ 48) ermöglicht es, dass Städte bei Neubauten grundlegende Infrastrukturmaßnahmen für die Ladeung von Elektrofahrzeugen festlegen können.

#### 8.4 Anfrage SPD-Fraktion - Unfallgefahr am Fuß- und Radweg Quittenweg und Narzissenweg

---

Rm Buchner/SPD stellte nachfolgende Anfrage:

Der Fuß- und Radweg zwischen Quittenweg und Narzissenweg stellt eine Unfallgefahr dar. Täglich fahren viele Radfahrer mit hoher Geschwindigkeit in beide Richtungen durch diesen Weg und gefährden damit Fußgänger, die aus Richtung der Häuser Quittenweg 8, 10 und 12 kommen. Diese „Kreuzung“ ist für alle Verkehrsteilnehmer sehr schlecht einzusehen.

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, hier statt des momentan vorhandenen Pollers eine andere (optische) Barriere zu schaffen, die eine Reduzierung der Geschwindigkeit durch die Radfahrer erfordert?

#### 8.5 Anfrage Fraktion Bürgeraktion - Beseitigung Schäden am Kopfsteinpflaster in der Schwanenstraße

---

Rm Reffgen/BA machte darauf aufmerksam, dass das Straßenpflaster in der Schwanenstraße nach mehreren Straßenaufbrüchen, die lediglich mit Asphalt provisorisch gefüllt worden seien, in einem schlechten Zustand sei. Er fragte nach, wann mit der Reparatur zu rechnen sei.

Herr Mittmann sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### 8.6 Anfrage SPD-Fraktion - Kreisverkehr Kalstert/Holbeinweg

---

Rm Hebestreit/SPD erkundigte sich, ob der kleine Kreisverkehr, der wegen Straßenbauarbeiten entfernt worden sei, wieder hergestellt werde.

Herr Mittmann antwortete, dass die Markierung und Beschilderung nach der Deckensanierung in den nächsten Wochen wieder erfolge.

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Anabela Barata / Datum  
Vorsitzende

Birgit Kamer / Datum  
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings / Datum  
Bürgermeisterin

Rita Hoff / Datum  
Beigeordnete